

**Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung
gemäß § 46 Abs. 1 GO LT**

Abgeordneter Christian Fühner (CDU)

Leere Worte der Kultusministerin?

Anfrage des Abgeordneten Christian Fühner (CDU) an die Landesregierung, eingegangen am 27.01.2023

Im Koalitionsvertrag zwischen SPD und Grünen in Niedersachsen findet sich u. a. die Formulierung, dass Volkswagen bei der Wahrung der Menschenrechte im internationalen Geschäft unterstützt werden soll, und dass sich Vertreter des Landes in den Aufsichtsräten aktiv für die Wahrung der Menschenrechte im internationalen Geschäft einsetzen sollen.

Mit Blick auf das Engagement des Volkswagen-Konzerns in China hatte der damalige Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Landtag, Christian Meyer, in einer Presseerklärung vom 13.06.2022 konstatiert, dass „die Enthüllungen der Xinjiang Police Files die vielen seit Jahren bekannten Hinweise zu den brutalen Menschenrechtsverletzungen gegen die Uiguren in China auf erschütternde Weise bestätigt (haben). Niemand kann und darf noch länger wegschauen, auch der Volkswagen-Konzern und die Landesregierung nicht. Ministerpräsident Stephan Weil und sein Stellvertreter Bernd Althusmann haben sich in der Vergangenheit bei Debatten über ihre China-Strategie im VW-Aufsichtsrat stets gewunden. (...) Das Werk in Xinjiang, das wirtschaftlich nach Aussage von VW-Konzernchef Diess nicht gebraucht wird, dient offenbar der chinesischen Führung dazu, die Gewalt gegen die Uiguren zu verharmlosen. Ein deutscher Konzern sollte dem keinen Vorschub leisten. Und gerade eine Landesregierung sollte sehr klar darauf hinwirken, dass dies nicht geschieht. Zu all diesen Fragen hat sich die Landesregierung seit Enthüllung der Xinjiang Police Files jedoch nicht geäußert - abgesehen von einer knappen Mitteilung, der Ministerpräsident habe die Berichte mit Bestürzung aufgenommen und fordere Aufklärung.“

Die Abgeordneten der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Christian Meyer, Julia Willie Hamburg, Detlev Schulz-Hendel und Gerald Heere hatten in diesem Zusammenhang in der Kleinen Anfrage „Zeitenwende: Bund stoppt aufgrund von Menschenrechtsverletzungen VW-Bürgschaften für Engagement in China - Wie steht das Land zu China-Geschäften?“ vom 08.06.2022 in der Drs. 18/11375 zudem die Aussage getroffen, dass „die Menschenrechtsverletzungen der Landesregierung seit über zwei Jahren bekannt (sind), jedoch bislang ohne Konsequenzen für das Land als VW-Anteilseigner.“

In einem Artikel des *Handelsblattes* vom 18.12.2022 (<https://www.handelsblatt.com/dpa/gruene-vw-aufseherin-stellt-klar-erde-machen-was-rolle-entspricht/28874970.html>) unter der Überschrift „Grüne VW-Aufseherin stellt klar: ‚Werde machen, was Rolle entspricht‘“ wird berichtet, dass sich Ministerin Hamburg in ihrer Zeit als Oppositionsabgeordnete während der rot-schwarzen Vorgängerregierung häufiger auch kritisch zur Rolle von Volkswagen in China geäußert habe. Nun werde mit Spannung erwartet, wie sie sich als Kontrolleurin dazu verhalte.

In einem Online-Artikel des Redaktionsnetzwerks Deutschland vom 15.12.2022 (<https://www.rnd.de/politik/berlin-und-seine-china-strategien-baerbock-habeck-scholz-und-die-frage-nach-dem-richtigen-kurs-4BJ555BGVJBLHGVRGT3N2X4GIA.html>) wird über die China-Strategien auf Bundesebene berichtet. Demnach plant Bundeswirtschaftsminister Habeck „die deutsche Wirtschaft an eine kürzere Leine zu legen, wenn es ums China-Geschäft geht. Den Firmen mit intensivem China-Geschäft sollen neue Berichtspflichten auferlegt und die politische Unterstützung für deutsch-chinesische Wirtschaftsprojekte heruntergefahren werden.“

1. Wo, wie und zu welcher Gelegenheit hat sich die Kultusministerin als Mitglied des Aufsichtsrates der Volkswagen AG seit ihrem Amtsantritt hinsichtlich der Menschenrechtsverletzungen gegen die Uiguren in China geäußert?

2. Wie stellt die Kultusministerin als Mitglied des Aufsichtsrates der Volkswagen AG zukünftig konkret sicher, dass seitens des Volkswagen-Konzerns und der Landesregierung Menschenrechtsverletzungen gegen die Uiguren in China angemessen thematisiert werden?
3. Welche Konsequenzen ziehen die Minister Christian Meyer, Julia Willie Hamburg und Gerald Heere hinsichtlich der Menschenrechtsverletzungen gegen die Uiguren in China bzw. welche Konsequenzen erachten sie unter Berücksichtigung vorgenannter Kleiner Anfrage (Drs. 18/11375) für angezeigt?
4. Hat es in der 19. Wahlperiode des Landtages Treffen der Landesregierung mit Menschenrechtsorganisationen hinsichtlich der Menschenrechtsverletzungen gegen die Uiguren in China gegeben? Wenn ja, mit welchen Organisationen wurde in welchen Formaten gesprochen? Wenn nein, weshalb nicht?
5. Beabsichtigt das Land als Miteigentümer von VW, Aktivitäten und Recherchen zu Menschenrechten in China, in der Region Xinjiang und bei dem Zuliefernetzwerk von VW zu veranlassen? Wenn nein, weshalb nicht?
6. Wie beurteilt die Landesregierung aktuell die Zukunft des Werkes in Xinjiang?
7. Welche Strategie verfolgt das Land als Eigentümer im Aufsichtsrat zur Standortentwicklung von VW, über die die beiden Vertreter des Landes im Kontrollgremium mitentscheiden? Welche Rolle soll dabei aus Sicht der Landesregierung die Menschenrechtssituation in den jeweiligen Ländern und Regionen spielen? Welche Länder sind neben China potenziell noch davon betroffen?
8. Begrüßt die Kultusministerin als Mitglied des Aufsichtsrates der Volkswagen AG die Überlegungen des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz, Firmen mit intensivem China-Geschäft neue Berichtspflichten aufzuerlegen?
9. Steht die Landesregierung mit dem Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz hinsichtlich der China-Strategie in Austausch? Wenn ja, wie? Wenn nein, weshalb nicht?

(Verteilt am 31.01.2023)